Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1927

15.10.1927 (No. 240)

Visual Library

№ 240 Samstag, den 15. Oktober 1927 170. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrichstraße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferster Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Der Flaggenfriede in Berlin

Wie schon kurz gemeldet, ist der Flaggenstreit, zu welchem eine Reihe führender Berliner Hotels Veranlassung gegeben hatten, inzwischen gütlich **beigelegt** worden, und zwar durch eine Rücksprache, welche zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem preußischen Staatssekretär Dr. Weismann einerseits, und Vertretern des Vereins Berliner Hotels andererseits stattgefunden hat. Bei dieser Besprechung ist vom Verein Berliner Hotels die Erklärung abgegeben worden, daß man niemals eine Mißachtung der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge beabsichtigt und auch niemals eine verfassungsfeindliche Kundgebung veranstaltet habe. Der Verein werde sich den Wünschen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung entsprechend dafür einsetzen, daß **künftig in allen Fällen**, in denen aus **nationalen** Anlässen geflaggt wird, die **Reichsflaggen gehißt werden.** Ebenso sollen sie gehißt werden, falls sich die Notwendigkeit ergibt, eine **fremde Staatsfahne** zu zeigen. Der Boykott der betreffenden Hotels durch die preußische Staatsregierung ist nach dieser Vereinbarung aufgehoben. Und es ist nicht zu zweifeln, daß die Stadt Berlin das Gleiche tun wird.

Die Vereinbarung hat in der Presse eine lebhafte Erörterung hervorgerufen. Je nach ihrer parteipolitischen Einstellung sind die einen darüber verärgert, daß die preußische Staatsregierung ihren Willen durchgesetzt hat, während die andern hinter der Vereinbarung allerlei Zweideutigkeiten zu erblicken glauben, die für die Zukunft zu neuen Konflikten führen könnten. Wir glauben, daß man die Dinge etwas ruhiger und gelassener betrachten sollte.

Zunächst sollte die Tatsache, daß die preußische Staatsregierung der Vereinbarung **zugestimmt** hat, gebührend gewertet werden. Der preußische Ministerpräsident Dr. Braun hätte eine solche Zustimmung sicherlich versagt, wenn ihm die Sache nicht recht geheuer vorgekommen wäre. Ferner läßt sich gewiß nicht bestreiten, daß bei der ganzen Affäre die preußische Regierung und mit ihr der Berliner Magistrat einen **vollen Erfolg errungen** hat. Die Berliner Hoteliers sind auf der ganzen Linie zurückgewichen und haben versprochen, sich in Zukunft so zu verhalten, wie es sich für einen loyalen Staatsbürger geziemt. Wird künftighin ein Berliner Hotel von einer prominenten, amtlichen Persönlichkeit des Auslandes besucht, und dem Besuch zu Ehren die Flagge seines Landes gehißt, dann wird daneben auch die Reichsflagge gehißt werden.

Nach dem Wortlaut der Vereinbarung hätten allerdings die Hoteliers die Möglichkeit, statt der eigentlichen Reichsflagge die **Handelsflagge** (schwarz-weiß-rot mit der schwarz-rot-goldenen Gösch) aufzuziehen. Es wäre ja sicherlich besser, **wenn allenthalben die richtige Reichsflagge gehißt würde.** Aber nach der Verfassung haben wir nun einmal eine besondere Handelsflagge. Und wird sie in der Form, wie sie von der Verfassung vorgeschrieben ist, also **mit** der schwarz-rot-goldenen Gösch, aufgezogen, so kann man sich vielleicht darüber wundern, aber ein Anlaß zu direktem Tadel und zu direktem Einschreiten besteht wohl nicht. Schließlich könnte ja auch ein Hotelier sagen, es seien Handelsinteressen oder Fragen wirtschaftspolitischer Natur, welche den betreffenden Gast nach Deutschland geführt haben, und deshalb sei das Hissen der Handelsflagge durchaus angebracht. Anders ist es mit den **großen Feiern nationalen Gepräges.** Wer bei ihnen **ostentativ** die Handelsflagge hißt, macht sich damit, zumal im Binnenland, **lächerlich.**

Bemängelt worden ist sodann, daß man angeblich den Berliner Hoteliers das Recht zugestanden hat, **neben der Reichsflagge auch noch andere Flaggen zu hissen.** Auch diesen Punkt brauchte man nicht zu schwer zu nehmen. Wenn jemand korrekt die Reichsflagge hißt, warum soll er dann nicht **daneben** auch noch eine Landesflagge oder eine historische Flagge, wie z. B. schwarz-weiß-rot, zeigen? Ja, wir meinen, daß es — so, wie die Dinge zur Zeit nun einmal liegen — das beste Symbol des allgemeinen Flaggenfriedens wäre, wenn man in solchen Häusern, in denen schwarz-weiß-rot besonders verehrt wird, die **beiden** Flaggen, schwarz-rot-gold und schwarz-weiß-rot **einträchtlich nebeneinander flattern sähe.** Mit der Zeit werden die historischen Flaggen ja ganz von selbst immer mehr und mehr aus dem Straßenbild verschwinden.

Jedenfalls darf man die Vereinbarung mit den Berliner Hoteliers mit Genugtuung begrüßen. Wieder einmal hat sich gezeigt, daß sich der republikanische Gedanke dort, wo er unter strenger Wahrung des Rechtsstandpunktes mit Takt und Energie vertreten wird, auch durchsetzt.

Zur Lage

Nach den Abstimmungen zum Schulgesetz im Reichsrat. — Der Reichstag hat die Entscheidung. — Besoldungsvorlage und Länderanteile. — Frankreich und Amerika. — Gewittergrollen am Balkan.

M. **Berlin**, 15. Oktober 1927 (Priv.-Tel.)

(Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung")

Die gestrigen **Vorgänge im Reichsrat** werden in politischen Kreisen verschieden beurteilt, was sich auch in der heutigen Morgenpresse widerspiegelt. Auf der rechten Seite glaubt man, daß eine gewisse Klärung eingetreten sei, auf der linken wird das entschieden bestritten und im Gegenteil gesagt, daß das Ganze **nur noch verwickelter** geworden ist. Die Wahrheit dürfte ungefähr in der Mitte liegen. Die gestrigen Abstimmungen haben nichts ergeben, was irgendwie richtungweisend genannt werden kann. Es steht nämlich sicher fest, daß **die Schlußabstimmung sozusagen im Sinne der Reichsregierung war,** wenn nicht von ihr veranlaßt worden ist. Die meisten der Einzelabstimmungen waren im Sinn der Länder ausgefallen, die von der Weimarer Koalition regiert werden. Eine einzige Ausnahme bestand darin, daß die Forderungen der Simultanschulländer nicht berücksichtigt wurden. In der Schlußabstimmung ging es allerdings ganz durcheinander. Zum Teil opponierten Länder, wie z. B. Sachsen gegen die Ausschußanträge, weil ihnen die Änderungen nicht radikal genug waren, zum Teil wie Bayern und eine Anzahl preußischer Provinzen, weil ihnen diese Änderungen zu radikal waren.

Unter diesen Umständen hat die **Reichsregierung** das einzige beschlossen, was ihr verfassungsmäßig übrigblieb, nämlich **die Vorlage in der ursprünglichen Form dem Reichstag** zuzuleiten. Soviel wir wissen, wird es erst am Mittwoch zu dieser Aussprache kommen, die von Herrn **von Keudell** persönlich eingeleitet wird. Die Verantwortung ist vollkommen dem Reichstag zugeschoben, was übrigens dem Sinne der Verfassung entspricht. Eine Lösung sehen wir vorläufig nicht, denn wenn der Reichstag ein Kompromiß annimmt, so wird das am Widerspruch des **Reichsrates** enden. Wird aber dieser Widerspruch erhoben, so muß der Reichstag seine Entscheidung mit **Zweidrittelmehrheit** wiederholen, was ganz ausgeschlossen ist. Abänderungen im Sinne des Eventualentwurfs des Zentrums würden von der Opposition, die über 200 Stimmen verfügt, abgelehnt, Abänderungen im Sinne der preußischen und badischen Regierung von der Rechten, die ungefähr genau so stark ist.

Bei der **Besoldungsvorlage** wird die Reichsregierung eine **Doppelvorlage** im **Reichstag** einbringen, das heißt, ihren eigenen Entwurf, dann die Beschlüsse des Reichsrats (der im wesentlichsten Teil die Erhöhung des Länderanteils an der Einkommen- und Körperschaftssteuer von 75 auf 80 Proz. enthält.) **Dann ist der Konflikt gegeben.** Der Reichstag wird sich, das nimmt man allgemein an, im Sinne der Reichsregierung entscheiden. Dann aber kommt leicht eine **Krise der Koalition.** Nach Mitteilungen aus München wird die **Bayerische Volkspartei** nach Ablehnung ihrer Anträge (Erhöhung der Länderanteile auf 80 Proz.) sofort die **Koalition** kündigen. Es ist daher verständlich, daß in politischen Kreisen sehr viel von der **Reichstagsauflösung** die Rede ist, wobei man aber als sicher annehmen kann, daß nach den Erfahrungen der letzten Wahlen, z. B. in Hamburg, **Mecklenburg**, Königsberg, der Reichstag für diese Fragen im Sinne der jetzigen Regierung noch schwerer zu behandeln sein wird als der heutige.

Von den **außenpolitischen Fragen** ist dann besonders bemerkenswert eine **gewisse Entspannung zwischen Paris und Washington** eingetreten ist. Frankreich hat insofern nachgegeben, als den Amerikanern jetzt die Meistbegünstigung für gewisse Artikel zugestanden werden soll. Man nimmt in den Vereinigten Staaten an, daß sich auf dieser Basis eine umfassende Regelung erzielen läßt.

Sehr unerfreulich aber haben sich die **Dinge auf dem Balkan** entwickelt, auch wenn man den **Gesandtenmord in Prag** als eine Einzelerscheinung zur Not ansehen will. Die Belgrader „Prawda" veröffentlicht ein Dokument, das mazedonischen Komitatschis abgenommen worden sein soll. Darin werden **Attentate auf verhaßte Persönlichkeiten** mit allen Mitteln, auch chemischen, und zwar nicht nur auf dem Balkan selbst, sondern **auch in Genf** gegen Mitglieder des Völkerbunds empfohlen. Wenn sich diese Mitteilungen als wahr erweisen sollten, so müßte der Völkerbund eingreifen. Er scheut sich zwar, diese Dinge zu verhandeln, kann aber dann nicht mehr an einer Verhandlung vorübergehen.

Schulgesetz und Besoldungsordnung

Beschlüsse des Reichskabinetts

Das Reichskabinett befaßte sich, wie offiziös mitgeteilt wird, in seiner Sitzung am Freitag mit den Beschlüssen des Reichsrates zur **Besoldungsordnung.** Es wurde beschlossen, in einigen Punkten, in denen der Reichsrat von der Regierungsvorlage abweichende Beschlüsse gefaßt hatte, dem Reichstag eine **Doppelvorlage** zu unterbreiten. Insbesondere wird die Reichsregierung entgegen den Beschlüssen des Reichsrates an der Auffassung festhalten, daß am **Finanzausgleich** im gegenwärtigen Zeitpunkt **nichts geändert** werden kann.

Angesichts der Tatsache, daß der Reichsrat den **Schulgesetzentwurf** abgelehnt hat, beschloß das Reichskabinett die Vorlage des Schulgesetzes an den Reichstag gemäß Art. 69 der Reichsverfassung in der **unveränderten Form** des Regierungsentwurfes. Besoldungsgesetz wie Schulgesetz gehen dem Reichstag unverzüglich zu.

Die Abstimmungen im Reichsrat

Bei den Beratungen im Reichsrat erklärte am Freitag Reichsinnenminister **v. Keudell**, daß die Reichsregierung in vielen Punkten den Ausschußbeschlüssen nicht zustimmen könne.

Der sächsische Gesandte Dr. **Gradnauer** erklärte, die sächsische Regierung würde der Regierungsvorlage nicht zustimmen können, weil diese Vorlage eine unerträgliche Zersplitterung des sächsischen Schulwesens hervorrufen würde und weil sie auch der Verfassung widerspreche. Die Ausschußbeschlüsse könnten als eine wesentliche Verbesserung betrachtet werden. Wenn die Vorlage Gesetz werde, müßte das Reich unbedingt die Kosten übernehmen.

Bei der nun folgenden Einzelberatung der Vorlage erklärte Minister **v. Keudell**, daß die Reichsregierung ihre Zustimmung zu den von den Ausschüssen beantragten Änderungen nicht in Aussicht stellen könne.

Bayerische Anträge auf Wiederherstellung einzelner Bestimmungen der Regierungsvorlage wurden gegen die Antragsteller abgelehnt, ebenso einige sächsische Anträge.

Zur **namentlichen Abstimmung** kam es über den neu eingefügten Paragraphen 12a, der besagt: „Von Amts wegen einzurichtende neue Schulen sind Gemeinschaftsschulen, sobald sie nicht auf Antrag der Erziehungsberechtigten in eine andere Schulform umgewandelt werden. Die Umwandlung kann nur von einer Zweidrittelmehrheit der Antragsteller durchgesetzt werden."

Bayern beantragte die Streichung des § 12a.

In namentlicher Abstimmung wurde die **Streichung** des Paragraphen mit 42 gegen 26 Stimmen **abgelehnt**, ebenso mit 40 gegen 28 Stimmen ein Antrag **Oldenburgs**, wonach zur Umwandlung in eine andere Schulform schon die einfache Mehrheit genügen soll. Es bleibt also bei dem eingefügten § 12a.

Mit Bayern stimmten die preußischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Grenzmark, Schleswig-Holstein, Oberschlesien, Niederschlesien, Hannover, Hessen-Nassau, Rheinprovinz, außerdem Württemberg.

Minister **v. Keudell** erklärte, daß er die Zustimmung der Reichsregierung für diesen Beschluß nicht in Aussicht stellen könne.

Die Ausschußbeschlüsse über den **Religionsunterricht** wurden gegen den Widerspruch der Reichsregierung mit 40 gegen 28 Stimmen angenommen.

Zum § 20, der die **Ausnahmebestimmungen für die sogenannten Simultanschulländer** enthält, beantragte Minister **v. Keudell** eine Änderung der Regierungsvorlage. Während diese als solche Länder **Baden**, Hessen und das ehemalige Herzogtum Nassau aufführt, beantragte der Minister jetzt die Fassung, daß die Ausnahme gelten soll für die Gebiete des Reiches, in denen eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule besteht. Bestimmte Länder werden danach also überhaupt nicht aufgestellt, während die Ausschußvorlage die Länder Sachsen, Baden, Thüringen, Hessen, Hamburg, Anhalt, Bremen, Lippe, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe, das ehemalige Herzogtum Nassau und die Städte Frankfurt a. M. und Hanau aufführt.

Der **Antrag der Reichsregierung** wurde mit 39 gegen 29 Stimmen **abgelehnt** und der Ausschußantrag bestätigt mit der Änderung, daß auch Mecklenburg-Schwerin in die Liste der Simultanschulländer aufgenommen wird.

Der letzte Paragraph des Gesetzes bestimmt nach dem Ausschußantrag, daß die aus dem Gesetz den Ländern und Gemeinden erwachsenden **Kosten** in voller Höhe **vom Reiche** erstattet werden.

Hierzu erklärte Minister **v. Keudell**: Die Reichsregierung könne vor der endgültigen Fassung der Vorlage nicht die daraus entstehenden Kosten übersehen. Sie könne deshalb heute auch nicht erklären, ob und inwieweit eine Beteiligung des Reiches an den Kosten in Frage kommt.

Staatssekretär Dr. **Weismann** erklärte, diese Erklärung des Ministers könne die preußische Regierung nicht befriedigen. Auf seinen Antrag wurde ausdrücklich festgestellt, daß der Ausschußantrag über die Kostenfrage vom Reichsrat einstimmig angenommen worden war.

Vor der Schlußabstimmung erklärte Gesandter **v. Preger**, die bayerische Regierung hätte der Regierungsvorlage im wesentlichen zustimmen können. Sie lehne aber die vom Reichsrat jetzt vorgelegte Fassung ab, weil darin der Gemeinschaftsschule eine durch die Verfassung nicht begründete Vorzugsstellung vor der Bekenntnisschule gegeben werde.

Aus anderen Gründen als die bayerische Regierung erklärten auch die Vertreter aus Oldenburg, Anhalt, Thüringen und Hamburg die Vorlage als unannehmbar, ebenso die meisten preußischen Provinzialvertreter.

Minister **v. Keudell** wiederholte für die gesamten Reichsratsbeschlüsse die schon bei den Einzelbeschlüssen abgegebene

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Erklärung, daß die Reichsregierung ihnen nicht zustimmen könne.

Die namentliche **Schlußabstimmung** hatte, wie gemeldet, das Ergebnis, daß die Vorlage mit 37 gegen 31 Stimmen abgelehnt wurde. Dagegen stimmten Bayern, Anhalt, Oldenburg, Thüringen, Hessen, Hamburg, Bremen, Lübeck, Mecklenburg-Schwerin, Württemberg und die preußischen Provinzen mit Ausnahme von Berlin und Provinz Sachsen.

Politische Neuigkeiten

Im Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform

wies in der weiteren Debatte am Freitag Abg. **Barth** (Dntl.) auf den Widerspruch hin, der gerade bei den Linksparteien darin liege, daß sie Personen im Alter von 14—18 Jahren oft zu politischer Betätigung hinzuziehen, dieselben Personen nun aber als strafunmündig hinstellen wollen. Auch gegen die Heraufsetzung des relativen Strafmündigkeitsalters bis zur Grenze von 20 Jahren wandte sich der Redner. — Der Vorsitzende, Abg. Dr. **Kahl** (DVpt.) betonte, daß er sich dafür eingesetzt habe, die Altersgrenze der Strafmündigkeit vom 14. auf das 16. Lebensjahr zu erhöhen. Einer weiteren Heraufsetzung des Strafmündigkeitsalters könne er aber nicht zustimmen.

Reichsjustizminister **Hergt** erklärte: Die Reichsregierung muß unbedingt an der Altersgrenze von 14 Jahren für die absolute Strafmündigkeit festhalten. Die größte Sachkenntnis für die Beurteilung beider Fragen dürfte unzweifelhaft der Deutschen Vereinigung der Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe und dem Allgemeinen Fürsorgeerziehungsamt zukommen. Beide Verbände haben sich übereinstimmend auf den Standpunkt gestellt, daß an der Altersgrenze von 14 Jahren festzuhalten sei. Zu demselben Ergebnis führen die von der Reichsjustizverwaltung im Einvernehmen mit den Landesjustizverwaltungen gesammelten Erfahrungen. Ebensowenig gibt die Betrachtung der ausländischen Gesetzgebung einen Anlaß zur Heraufsetzung der Altersgrenze. Ebenso ist nach Auffassung der Reichsregierung die Erhöhung der oberen Grenze der Strafmündigkeit von 18 auf 20 oder gar auf 21 Jahre abzulehnen.

Abg. **Emminger** (BVpt.) teilte die Auffassung, daß Jugendliche über 16 Jahren genau wissen, was Recht und was Unrecht ist. Selbstverständlich wird es auch Grenzfälle geben, für die anormalen Jugendlichen ist das Jugendgerichtsgesetz da, das ja den Rechtsausschuß demnächst beschäftigen wird. Was die Schaffung einer besonderen Altersstufe von 18—20 Jahren betreffe, so wäre zu erwägen, ob eine dementsprechende Bestimmung in das neue Jugendgerichtsgesetz aufgenommen werden soll. — Abg. Dr. **Haas** (Dem.) wies darauf hin, daß eine Erhöhung der Altersgrenzen auch Änderungen der jetzigen Bestimmungen über die Fürsorgeerziehung und überhaupt über das ganze Fürsorgewesen zur Folge haben müßte.

Ministerialdirektor **Bunke** vom Reichsjustizministerium erklärte, daß vom Reichsjustizministerium der Frage des Schicksals der Vorbestraften und ihrer Wiedereingliederung in die Gesellschaft die ernsteste Beachtung geschenkt werde. Mit gesetzgeberischen Maßnahmen allein sei aber nicht zu helfen. Das Wesentliche sei ein größeres Verständnis der Öffentlichkeit.

Amerikas Anleihepolitik

Wie aus **Washington** gemeldet wird, war am Freitag die seit 1922 bestehende Gewohnheit, vor der Auflegung von Anleihen fremder Staaten, Länder und Gemeinden im Staatsdepartement anzufragen, ob Bedenken dagegen beständen, die Zielscheibe eines energischen Protestes des demokratischen Senators **Glaß**, Virginia, der ankündigte, er werde diese Angelegenheit im **Kongreß** zur Sprache bringen, da sich die Gefahr einer Korruption im Inlande und einer ernsten Abkühlung der Beziehungen zu einer fremden Regierung, falls deren Anleihe abgelehnt werde, in sich berge. Glaß, Borah und andere Senatoren erklärten, sie würden einen etwaigen Gesetzentwurf, der diese Aufsichtsstellung des Staatsdepartements legalisieren wolle, unbedingt ablehnen. Im **Staatsdepartement** wurde hierzu bemerkt, die Regierung beabsichtige nicht die Einbringung eines derartigen Gesetzes, sie halte im Gegenteil die Einsetzung einer Beratungsstelle für Anleihen des Auslandes für unerwünscht. Im übrigen halte das Staatsdepartement an der im März 1922 durch ein Zirkular den Bankiers übermittelten Sitte fest, ihm **vor der Auflegung Gelegenheit zur Stellungnahme** zu geben, da immerhin der Fall vorkommen könne, wo eine Nichtauflegung im nationalen Interesse geboten sei, z. B. bei Anleihen zu Rüstungszwecken oder für die Entfachung oder Förderung von Revolutionen oder dergleichen.

Deutsch-österreichische Rechtsangleichung im Eisenbahnverkehr. In diesen Tagen fanden in **Berlin** eingehende Besprechungen zwischen Vertretern des deutschen Reichsverkehrsministeriums und des österreichischen Bundesministeriums für Handel und Verkehr über die Frage einer Angleichung der **beiderseitigen neuen Eisenbahnverkehrsordnungen** statt. Die Besprechungen führten zu einer weitgehenden Übereinstimmung der Entwürfe in förmlicher und sachlicher Beziehung. Auch von dem neuen internationalen Übereinkommen entfernen sich die neuen Entwürfe nur in ganz wenigen Punkten. Die weitere Bearbeitung soll so gefördert werden, daß neue Verkehrsordnungen in beiden Staaten gleichzeitig mit den neuen internationalen Übereinkommen in Kraft treten können.

Gegen die deutsche Sprache in Südtirol. Nach einer Meldung der „Innsbr. Nachr." hat der Präfekt von Bozen an die Altbürgermeister ein Rundschreiben gerichtet, in dem angeordnet wird, daß mit dem 1. Oktober d. J. in allen Volksschulen der Provinz ausschließlich in italienischer Sprache zu unterrichten ist. Ferner dürfen von nun ab in der ganzen Provinz Bozen alle Kundgebungen, Anzeigen, öffentliche Bekanntmachungen, Firmenschilder, Fahrpläne usw. ebenso wie alle Aufschriften, die für das Publikum irgendwie von Interesse sind, selbst in Fällen, wo es sich nur um ein privates Interesse handelt, ausschließlich in italienischer Sprache abgefaßt sein. Die bisherigen deutschen Aufschriften sind zu entfernen.

Kurze Nachrichten

Der Reichstagsabgeordnete Fürst Bismarck, ein Enkel des Kanzlers, der im Auswärtigen Amt beschäftigt war, ist als Legationssekretär nach Stockholm versetzt.

Gegen die Todesstrafe. Die strafrechtliche Vereinigung der Berliner Anwälte hat am Donnerstag in einer Versammlung fast einmütig gegen die Todesstrafe Stellung genommen. Das Referat hatte Senatspräsident **Freymuth.**

Zum Zwischenfall in Cronberg., bei dem der Feldhüter Haas den Tod fand, meldet die englische Zeitung „Wiesbaden Times" die Festnahme des einen der Soldaten. Bei Haas soll als Todesursache ein schwerer Schädelbruch mit Blutguß im Gehirn festgestellt sein. Der Schlag des Soldaten gegen Haas muß mit großer Wucht geführt worden sein, so daß Haas sehr heftig zu Boden gestürzt ist. Man kann also wohl von einer Körperverletzung mit tödlichem Ausgang sprechen.

Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft in Württemberg. Im ganzen Oberamt Neuenbürg, das 35 Gemeinden, darunter 3 Städte mit zusammen 40 659 Einwohnern in 8768 Haushaltungen umfaßt, ist jetzt die Wohnungszwangswirtschaft aufgehoben worden.

Drohender Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Verhandlungen, die am Freitag im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung des Lohnkonflikts im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen, so daß mit Ausbruch eines Streiks zu rechnen ist.

Textilarbeiterkündigungen. Die vereinigten Arbeitgeberverbände der Textilindustrie von **München-Gladbach** u. Umgegend haben beschlossen, der gesamten Belegschaft zum 29. Oktober zu kündigen, nachdem die Lohnverhandlungen gescheitert sind. Falls Kampfmaßnahmen der Belegschaft unterbleiben, werden die Kündigungen zurückgezogen werden. — Die Arbeiter der Bekleidungsindustrie werden von sich aus die Kündigung einreichen. Der Konflikt umfaßt insgesamt ungefähr 60 000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Attentat auf den albanischen Gesandten in Prag. In Prag wurde am Freitag in einem Kaffee der albanische Gesandte Zena Beg von einem albanischen Studenten erschossen. Der Täter, der verhaftet wurde, gab an, Algiwiadh Bebi zu heißen und im Jahre 1904 in Albassan in Albanien geboren zu sein. Er habe Zena Beg erschossen, weil dieser seine Heimat Albanien an Jugoslawien verkaufen wollte.

Baltische Wirtschaftskonferenz. Im Börsensaal zu **Riga** fand am Freitag eine Beratung von Vertretern führender Wirtschaftsorganisationen Lettlands, Estlands und Litauens einschließlich **Memels** statt, in der die periodische Abhaltung baltischer Wirtschaftskonferenzen beschlossen wurde, deren erste am 10. und 11. Dezember in Riga einberufen werden soll.

Kämpfe bei Peking. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" stehen seit Freitag die Peking- und Schansi-Heere bei Schutschau, weniger als 40 Meilen von der Hauptstadt entfernt, im Kampf. Geschützfeuer ist deutlich in Peking zu hören. Man hofft, daß die Schansi-Truppen nicht imstande sein werden, die Mauern Pekings zu erreichen. Amerikanische und andere Truppen sind um die Gesandtschaften herum und auf den Stadtmauern aufgestellt.

Karlsruher Konzerte

Ebenfalls mit einer Bruckner-Sinfonie, und zwar mit der **Romantischen,** haben nunmehr auch die **Volks-Sinfonie-Konzerte** begonnen. Welches seiner neun sinfonischen Hauptwerke ist noch so in die traditionelle Normalform eingelagert und erschließt sowohl in seinen Teilstücken wie als Ganzes trotzdem genug der Brucknerschen Eigenart? Da die tiefdurchdachte Wiedergabe, bei der den Bläsern des Landestheaterorchesters eine besondere Anerkennung auszusprechen ist, nicht weniger mithalf, die grüblerische Verträumtheit der Schöpfung in klangschönste Vollendung umzudeuten, bekamen die Zuhörer, sofern ihnen dies populärste Werk des gewaltigen Österreichers nicht schon vertraut war, einen starken Eindruck. Eine im Augenblick sehr willkommene Ausgrabung war die zweite orchestrale Leistung des Abends. Freilich dürfte auch jetzt **Schuberts VI. Sinfonie in C-Dur** kein längeres Leben beschieden sein, aber als Ergänzung zu den mannigfachen Feiern, die anläßlich seines 100. Todesjahres bevorstehen, beansprucht sie doch immerhin persönliches Interesse, selbst wenn ihre Frische etwas verwelkt anmutet und wenn auch das substantiell Musikantische daran reichlich dünn wirkt. Bedenkt man außerdem, daß das Programm, an dessen Ende das Werk stand, des Guten ein wenig zu viel tat und nicht einmal hier auf einige zulässige Wiederholungen verzichtete, so erzeugte gleichwohl die amüsante und gemütliche Volks-Praterstimmung einzelner Sätze eitel Freude. Daraus war auch der spontane Beifall, den Generalmusikdirektor **Josef Krips** für die Vermittlung dieses Jugendwerkes erntete, zu erklären. Als Solisten hatte man **Juan Manén** gerufen, den berühmten spanischen Meistergeiger. In seiner Ausführung des **D-Dur-Violinkonzertes von Mozart** vereinigten sich Ton, Auffassung, Technik und Gestaltungskraft zu einer hinreißenden Größe, wie sie zu den seltensten Erlebnissen des Konzertsaals gehört. Besonders zu preisen war die vorbildliche Stilistik, in die er das Konzert einspannte; Möglichkeiten zu soviel südländischem Violintemperament und zu solch höchster Kultur, die sich merklich von der gewohnt deutschen Interpretation unterschied, hatte man bisher diesen Tönen nicht vermutet. Mit Recht erreichte nach dem wahrhaft idealen, weil ebenso besinnlichen wie sinnlichen Vortrag die Begeisterung des Abends ihren Höhepunkt.

Lula Mysz-Gmeiner, längst vorgerühmt als intellektuelle Sängerin mit einer stupenden Technik, die dennoch stets interessant und überraschend ist, begann ihren dieswinterlichen **Lieder- und Balladenabend** mit ihren klassischen Lieblingen Schubert und Loewe. Zumal die große Einfachheit der Balladen erfüllte sie, wie mein Vertreter berichtet, mit ungeahnter Kraft. Aber auch in den nachfolgenden Liedgruppen von Wolf, Mahler und Mattiesen exzellierte ihre meisterhaft musikalische Deklamation und verbarg damit geschickt einige stimmliche Schwächen, die sich bei zarten und heimlichen Lyrismen einschleichen wollten. **August Richard** (Heilbronn) war ihr ein zuverlässiger Klaviergefährte. — In den geräumigen Eintrachtssaal paßte nicht ganz mehr, was **Agnes Delsarto als Lieder zur Laute** vortrug. Vorweg sollte man die zartsinnigen Poesien von Hermann Löns über Liebe und Heide dem üblichen Konzertbetrieb fernhalten; ihre Intimität verliert sich, und unsre Jugend kann sie zudem hinlänglich oft zu Hause vornehmen. Aber auch das stimmliche Material der Künstlerin reichte keineswegs aus, um deren serienweise Folge (I. und II. Teil des Programms) zu wirkungsvoller Geltung zu bringen. Selbst die abwechselnd zwischen den Liedern eingestreuten Gedichte blieben kaum verständlich. Erst im Schlußteil (Mädchenlieder) schien Agnes Delsarto auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit, die sie schon wiederholt hier gezeigt hat. Und da erfreuten neben landläufigen Stücken einige neue lustige Sachen doppelt. Die wohlerzogenen, höflichen Konzertbesucher kargten nicht mit lebhaftem Beifall, obwohl auch deren Genuß noch erheblich durch einen Männergesangverein beeinträchtigt wurde, der sich mit einem Männerchor abmühte. Wer die Vermietung von Konzertsälen organisiert, sollte im Interesse der Künstler und des Publikums künftig darauf achten, daß derlei störende Mißklänge zumindest in der nächsten Nachbarschaft, d. h. diesmal im selben Haus, unterbleiben.

H. Sch.

40 Jahre Schwarzwaldverein Karlsruhe

Am letzten Samstag konnte, wie gemeldet, die Ortsgruppe Karlsruhe des Bad. Schwarzwaldvereins ihr 40jähriges Bestehen feiern. Aus der Geschichte des Vereins sei folgendes mitgeteilt:

Durch einen Aufruf im „Karlsruher Tagblatt", der als Rundschreiben auch an etwa 1000 Karlsruher Einwohner gesandt wurde, forderten am 18. Mai 1887 eine Anzahl wanderfroher Bürger der Stadt dazu auf, den hohen Zielen des Schwarzwaldvereins „auch in Badens Residenz eine Stelle erfolgreichen Wirkens zu schaffen" und sich zu einer Sektion des Vereins zusammenzuschließen. Der Aufruf hatte den gewünschten Erfolg; am 3. Juni desselben Jahres fand im damaligen Lokal der Gesellschaft Liederhalle, dem „Palmengarten", eine Versammlung statt, zu der sich auch der Präsident des Schwarzwaldvereins, Hofrat **Behagel,** von Freiburg eingefunden hatte und in der die Gründung vollzogen wurde. Mit 120 Mitgliedern trat die neue Ortsgruppe ins Leben. Dem ersten Vorstand des jungen Vereins gehörten u. a. an: Finanzrat **Hildebrandt** als 1., Buchdruckereibesitzer **Vogel** als 2. Vorsitzender, Professor **Hammes** als Schriftführer, Fabrikant **W. Berblinger** als Schatzmeister.

Schon in der Gründungsversammlung wurde beschlossen, eine „Auskunftsstelle" einzurichten, die Hofuhrmacher Pecher, Kaiserstr. 78, übernahm. Man kann sie wohl als den Vorläufer unseres heutigen Verkehrsvereins ansehen, denn sie erteilt ihre Auskünfte nicht nur an Mitglieder, sondern auch an Außenstehende, das reisende Fremdenpublikum usw. Als Arbeitsgebiet erkor sich der junge Verein die Gegend von Durlach und Ettlingen bis zur Murg. Schon im ersten Jahre nach der Gründung waren 8 Kilometer Wege neu angelegt, 3 Kilometer durchgreifend verbessert, und zwar vom Städt. Wasserwerk ab in der Richtung nach Durlach und Ettlingen. In den folgenden Jahren wurden die Wege im Rittnertwald und am Hopfenberg verbessert und bezeichnet, die Grünwettersbacher Höhe unter Anlegung eines Weges durch die Hornklamm mit dem Saumweg Durlach-Ettlingen verbunden, die Hägenichbruchwiesen überdammt und überbrückt, ein neuer Weg zwischen Malsch und Freiolsheim angelegt, die Redoute bei Ettlingen zugänglich gemacht und mit dem Kreuzelberg verbunden, zwei Wege vom Schluttenbachtal zum Hellberg, einer zum Steinig hergestellt, auf dem 1892 ein 13 Meter hohes (1907 wegen Baufälligkeit wieder abgebrochenes) Aussichtsgerüst erbaut wurde. Es folgten neue Wegbauten im Durlacher Wald, die durch den Bau der Strategischen Bahn notwendig geworden waren, im Rittnertwald, im Gebiet des Wettersbachs, im Völkersbacher und Freiolsheimer Wald, am Mahlberg und Bernstein, bei Frauenalb, Pfaffenrot usw. An geeigneten Plätzen wurden Ruhebänke aufgestellt, Aussichtsanlagen geschaffen, Höhenmarkierungstafeln angebracht u. a. m. Der Verein, der dabei im engen Einvernehmen mit den damaligen Verschönerungsvereinen und den benachbarten Ortsgruppen des Gesamtvereins arbeitete, fand erfreulicherweise von allem Anfang an Verständnis und Unterstützung bei der Karlsruher Stadtbehörde. Aber auch die übrigen gemeindlichen und die staatlichen Behörden, vor allem die Forstverwaltung vom höchsten Beamten bis zum einfachen Waldhüter herab, sowie die Verwaltung der Staats- und Lokalbahn unterstützten seine Bestrebungen. Die Großherzogin Luise erschien mit einem ständigen Jahresbeitrag in den Rechenschaftsberichten der Ortsgruppe.

Im Laufe der Jahre erweiterte sich das Tätigkeitsgebiet der Ortsgruppe immer mehr, so daß es vor dem Kriege rund 200 Quadratkilometer umfaßte und umschlossen war durch die Linie Karlsruhe—Malsch—Walprechtsweier, Mahlberg—Bernstein—Käppele—Herrenalb—Frauenalb, die Landesgrenze und die Pfinz; nördlich und östlich reichte es bis zur Michaelskapelle und nach Wössingen. An der Tätigkeit des Gesamtvereins hat die Ortsgruppe von allem Anfang an regen Anteil genommen. Schon nach dem Ablauf des ersten Jahrzehnts ihres Bestehens wurde sie ausgezeichnet durch die Wahl Karlsruhes als Ort der Hauptversammlung 1897, die sich als besonders wichtig insofern erwies, als auf ihr der Beschluß zur Herausgabe der Monatsblätter unter Entsendung **Hildebrandts** in die vorbereitende Kommission, gefaßt wurde. Im Jahre vorher hatte die Einweihung des **Karlsruher Turms auf dem Mahlberg** stattgefunden, der von der Ortsgruppe mit einem Kostenaufwand von 12 700 *RM* durch Architekt Gempel unter der Oberleitung des Planfertigers, Baurat **Bischoff,** erstellt worden war. Nun wurde in Verbindung mit dem 10jährigen Stiftungsfest und dem Spaziergang der Hauptversammlungsteilnehmer nach dem Mahlberg die Taufe einer dort gefaßten **Quelle** auf den Namen **Hildebrandts** vorgenommen.

Von Karlsruhe ging auch die Anregung zur Herausgabe des **Kartenwerks des Vereins** aus. Vorsitzender **Hildebrandt** wurde in die Kommission zur Vorbereitung dieses großzügigen Werkes gewählt, das 1893 begonnen wurde und von dem heute 14 Blätter vorliegen, die sich in praktischer, auf Frz. Pecher zurückgehende Einteilung über den gesamten Schwarzwald, den Hegau und Kaiserstuhl erstrecken. Karlsruhe war auch bis zum Tode Prof. **Massingers** der Sitz der (jetzt aufgelösten) Kartenkommission, wie auch die kartographischen Aufnahmen von einem Karlsruher, Oberbausekretär **Güther,** gemacht wurden, der für seine großen Verdienste um das Kartenwerk vom Hauptverein zum Ehrenmitglied ernannt wurde. Als bedeutsame Werke aus der Zeit vor dem Kriege müssen außer der Errichtung des Mahlbergturms und des Hildebrandtbrunnens noch die des **Karl Schwarz-Brunnens** am Bernstein (1910) und die 1911 erfolgte Erstellung des **Graf Rhena-Wegs** im Albtal, für die ein Vermächtnis des Grafen **Rhena** an die Ortsgrupe Verwendung fand, bezeichnet werden.

Wenn **Behaghel** bei der Gründungsversammlung der Überzeugung Ausdruck gegeben hatte, daß die Sektion Karlsruhe rasch aufblühen werde, so hatte er sich, wie die Folge lehrte, darin nicht getäuscht. Von Jahr zu Jahr stieg die Mitgliederzahl; 1 Jahr nach der Gründung betrug sie schon 315, nach 10 Jahren 1000, und heute ist die Ortsgruppe mit über 3000 Mitgliedern der größte Verein der Landeshauptstadt. Von den Gründern sind freilich nur noch wenige am Leben. Es sind dies Geh. Oberfinanzrat **O. Ballweg,** Kaufmann **E. Beck,** Rechnungsdirektor a. D. **E. Diefenbacher,** Druckereibesitzer **H. Gutsch,** Gebrüder **Himmelheber,** Oberbaurat Prof. **B. Roßmann,** Buchhändler **G. Liebermann,** Oberrechnungsrat **K. Schwarz,** Geh. Kommerzienrat Dr. **R. Sinner,** Rechtsanwalt Dr **F. Weill.** Mancher von ihnen ist inzwischen müde geworden und hat den Wanderstab in die Ecke gestellt. Aber einer lebt und wandert noch in unverwüstlicher Frische und Fröhlichkeit: der ewig-junge 80jährige Altschatzmeister der Ortsgruppe, Karl **Schwarz.** 24 Jahre, von 1896 bis 1920, hat er das Amt des Schatzmeisters bekleidet, nachdem er vorher schon 9 Jahre als Schriftführer gewirkt hatte. Er ist der getreue Ekkehard, die lebendige Chronik des Vereins. Die Ortsgruppe ehrte seine großen Verdienste um ihren Aufstieg, ihr Blühen und Gedeihen dadurch, daß sie ihn zum Ehrenmitglied (Freund der Ortsgruppe) ernannte und dem schon erwähnten Brunnen im Bernsteingebiet seinen Namen gab. Mit dem Ehrentitel als „Freunde der Ortsgruppe" stehen weiter

in den Mitgliederlisten des Vereins die Namen: **Bisinger**, Forstrat, Rastatt; **Faber**, Forstrat, Karlsruhe; **Gretsch**, Geh. Oberforstrat a. D., Karlsruhe (Ehrenmitglied des Gesamtvereins; **Güther**, Oberbausekretär a. D., Karlsruhe (Ehrenmitglied des Gesamtvereins); **Jäger**, Oberforstrat, Freiburg; **Knierer**, Forstrat, Karlsruhe; **Kraf**, Forstrat, Durlach; **Heinrich**, Hofschauspieler a. D., Bellheim; **Hindenlang**, Forstrat, Langensteinbach; **Römhildt** (Romeo), Priv., Karlsruhe; **Zoller**, Bürgermeister, Neuburg a. Rh. Als um die Ortsgruppe verdiente Mitglieder aus älterer Zeit müssen noch genannt werden: Verleger **Thiergarten** †; Buchhändler **Gräff** †; Uhrmacher **Pecher** †; Rechnungsdirektor **Schroff**, der Rechner und Statistiker der Kartenkommission; Prof. **F. S. Meyer**; Oberrechnungsrat a. D. **Webel**; Oberlehrer **Thum** †; Fabrikant **G. Hammer**; Obersteuerinspektor **Gaßmann**, Überlingen.

Ein neuer Abschnitt im Leben der Ortsgruppe begann mit den Jahren kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges. Geh. Rat **Hildebrandt** war 1913 mit dem Titel des Ehrenvorsitzenden ausgezeichnet, nach 27jähriger erfolgreicher Amtsführung von seinem Posten zurückgetreten, An seine Stelle trat Prof. **Massinger**. Er hatte sich noch kaum recht in sein Amt eingelebt, da brach der Krieg aus. Es bleibt das unauslöschliche Verdienst **Massingers**, daß er die Ortsgruppe ohne schwere Gefährde über die harten Jahre hinweggeführt hat. Schwere Hemmnisse für die Vereinsarbeit traten gleich mit Kriegsausbruch ein. Viele Mitglieder mußten ins Feld. Es blieb nur ein kleines Häuflein Getreuer übrig, das den Steuermann in der Führung des Vereinsschiffes wacker unterstützte. Bald fing es an, an allem nötigen, an Materialien usw., vor allem aber an Geld zu fehlen; denn was nur irgend entbehrlich war, wurde hingegeben: an das Rote Kreuz, an die Familien der im Felde stehenden Mitglieder, an das Vaterland als Kriegsanleihe. So mußte man sich bald nur noch darauf beschränken, das Bestehende notdürftig zu erhalten. Dem Kriege folgte der Umsturz mit seinen Irrungen und Wirrungen. Und dann kam die **Inflation**, diese für das deutsche Wirtschaftsleben überhaupt wie für alle deutschen Körperschaften und vor allem ihre Kassengebarung so unsagbar traurige Zeit. Zwar die Mitgliederzahl schnellte sprunghaft in die Höhe. Aber wie alle die mammuthaften Zahlen dieser Zeit hohl, aufgeblasen und falsch waren, so auch hier. Es war keine echte- naturgeborene Zunahme und der Vorstand der Ortsgruppe, vor allem aber ihr Schatzmeister **Roe**, der als Nachfolger von K. Schwarz seit 1920 mit Treue und Umsicht das Kassenamt verwaltet, atmete auf, als im weiteren Verlaufe der Zeit eine gesunde Reaktion eintrat, die Mitläufer, die dem Verein häufig nicht aus Liebe zur Sache, sondern aus allen möglichen anderen Gründen zugeströmt waren, sich verliefen und die Entwicklung wieder in die gewohnten ruhigen, gewissermaßen zwangsläufigen Bahnen von früher einlenkte.

Leicht war die Aufbauarbeit nicht. Nicht allein, daß vieles an Wegen und Stegen, an Hütten, Bänken, Markierungen usw., was nicht ordnungsgemäß hatte unterhalten werden können, dem natürlichen Lauf der Dinge folgend, verfallen und vergangen war, so machte sich auch in den Jahren nach dem Kriege, den Jahren der allgemeinen Not, der moralischen Verwilderung, eine erhöhte Raub- und Zerstörungslust geltend, die sich an dem noch Bestehenden in beklagenswerter Weise austobte. Es war ein Glück für den Verein, daß er in dem Leiter der Außenarbeit, dem damaligen 2. Vorsitzenden **Fr. X. Fischer**, einen Mann gefunden hatte, der, durch langjährige Betätigung als Wanderer und Alpinist mit allen Belangen des Wanderwesens aufs beste vertraut, mit seinem Stab getreuer Mitarbeiter, unter anderem auch in enger Zusammenarbeit mit der **Bergwacht Schwarzwald**, den bösen Zuständen energisch zu Leibe ging.

So darf heute mit Fug und Recht gesagt werden, daß nicht nur die Schäden der Kriegszeit überwunden sind, sondern daß in jeder Hinsicht ein gewaltiger Fortschritt eingetreten ist. Die vom Verein unterhaltenen Wege und Markierungen sind durchweg in bester Ordnung; das Vortragswesen steht in hoher Blüte; in gemeinschaftlichen Wanderungen werden die Mitglieder mit den Schönheiten der Heimat bekannt gemacht; eigene Jugendwanderungen dienen dem gleichen Zweck für das heranwachsende Jungvolk; eine besondere Schneeschuhabteilung pflegt den gesunden kräftigenden Wintersport; die regelmäßigen Vereinsabende bieten den Mitgliedern frohe Geselligkeit, künstlerische Genüsse, Belehrung aller Art; eine gut geleitete Bibliothek vermittelt ihnen Wander-, schöngeistige und wissenschaftliche Literatur. Daneben vergißt der Verein, der als eines seiner vornehmsten Ziele die Pflege der Heimatliebe ansieht, auch der Dichter und Denker der engeren und weiteren Heimat nicht; besondere Feiern und Abende zu Ehren von Hebel, Scheffel, Vierordt, Robert Haas, Romeo, August Heinrich, Löns usw. legen davon Zeugnis ab. Auch seine Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverein Karlsruhe wie den übrigen Wandervereinen der Handeshauptstadt und seine frohe Unterstützung aller Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, das Band um die südwestdeutschen Stammesbrüder immer enger zu schlingen, müssen hier hervorgehoben werden.

Auf einen Zweig der neuzeitlichen Entwicklung des Vereinslebens sei noch kurz hingewiesen, der die Ortsgruppe vor eine Reihe völlig neuer Aufgaben gestellt hat: das **Hüttenwesen**. Die Ortsgruppe hat sich bekanntlich, in Rücksicht auf die Verhältnisse der Nachkriegszeit, veranlaßt gesehen, ihr besonderes Augenmerk auf die Schaffung billiger Unterkunftsgelegenheiten im Schwarzwald für ihre Mitglieder zu lenken. Sie sicherte sich durch langfristige Pachtverträge ein Haus und drei Hütten. Automatisch war damit eine Erweiterung ihres Tätigkeitsfeldes in bezug auf Weganlagen und -bezeichnungen damit verknüpft; denn die Ortsgruppe muß nun natürlich auch für die nötigen Herstellungen in den betreffenden Huttengebieten sorgen, so daß sie jetzt auch an der Langen Grinde (Langrieshütte), im Gebiet des Brigittenschlosses (Wanderheim Bischenberg), am Rockertkopf (Hohleichhütte) und in der Gegend von Sulzbach (Sandhütte) arbeitet. Es ist ebenfalls ein Verdienst **Fischers**, dem nach dem Tode Richard **Massingers** 1926 das Amt des 1. Vorsitzenden übertragen wurde, daß auf dem Gebiete des Hüttenwesens in so kurzer Zeit so Hervorragendes geleistet wurde.

Der derzeitige Vorstand der Ortsgruppe besteht aus den Herren: Rektor Fr. X. **Fischer**, 1. Vors.; Reg.-Rat O. **Hoffmann**, 2. Vors.; Oberrechnunsrat A. **Roe**, Schatzmeister; Finanzobersekretär E. **Zorn**, Beitragskassier; Kaufmann H. **Kastner**, 1. Schriftf.; Oberkorrektor E. **Weiner**, 2. Schriftführer; Kaufmann Frz. **Seiler**, Wanderwart; Hauptlehrer a. D. Fr. X. **Brecht**, Bibliothekar.

Rund 312 000 Mark hat die Ortsgruppe seit ihrem Bestehen für ihre gemeinnützige Zwecke ausgegeben. Was sich aber in Zahlen überhaupt nicht ausdrücken läßt, das sind die hohen ideellen Werte, die aus dieser Arbeit der Ortsgruppe wie des Bad. Schwarzwaldvereins überhaupt erwachsen. War früher das Wandern, der Aufenthalt im Gebirge gewissermaßen ein Vorrecht der Begüterten, so ist es heute Gemeingut geworden. Aus allen Schichten der Bevölkerung treffen wir heute draußen die Freunde des Schwarzwalds mit dem Rucksack auf dem Rücken. Wer kann ermessen, welch gewaltiges Mehr an Gesundheit und Lebensfreude, das der Arbeit, der Wirtschaft mittelbar und unmittelbar wieder zugutekommt, aus diesem Wanderbetrieb erblüht! Diese Entwicklung nach Kräften gefördert zu haben, kann der Schwarzwaldverein Karlsruhe in seinem Jubeljahre als schönsten Gewinn b[illegible]

Badischer Teil

Beachtet die Verkehrsvorschriften!

Da die Verkehrsunfälle, die häufig zu schweren Folgen führen, sich ständig mehren, muß im allgemeinen Interesse erneut darauf hingewirkt werden, daß sowohl in den Städten wie auf dem Lande und hier besonders auf den Landstraßen, die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung und die Bestimmungen über den Kraftfahrzeugverkehr eine bessere Beachtung finden. Ganz besonders muß auf die Vorschriften über das **Rechtsfahren** und das **Beleuchten der Fahrzeuge** aller Art nach Einbruch der Dunkelheit hingewiesen werden. Die Polizei- und Gendarmeriestellen sind vom Minister des Innern angewiesen worden, den bestehenden Vorschriften mit Nachdruck Geltung zu verschaffen.

Die Städte in Baden

Baden hat 15 Städte mit Städteordnung, und 110 Stadtgemeinden, ferner 1418 Landgemeinden und 14 abgesonderte Gemarkungen mit eigener polizeilicher Verwaltung. 39 Gemeinden und Städte haben mehr als 5000 Einwohner, davon 7 mehr als 20 000. Die Mehrzahl der Gemeinden, 495, hat zwischen 200 und 500 Einwohnern. 456 haben zwischen 500 und 1000 Einwohnern. Ferner gibt es vier Stadtgemeinden mit weniger als 500 und sechs weitere mit 501—100 Einwohnern. Darunter die kleinste Stadt Deutschlands, Hauenstein, mit 198 Einwohnern.

Um den kleinen Grenzverkehr

Zu Pressemeldungen, daß Verhandlungen über die Eröffnung eines kleinen Grenzverkehrs an der elsässisch-badischen Grenze im Begriff stehen, abgeschlossen zu werden, erhalten die Straßburger Blätter von zuständiger **französischer** Seite folgende Informationen: Die Grenzregulierungskonvention, die im Jahre 1925 abgeschlossen worden war, hatte mehrere Punkte über den Personen- und Warenverkehr an der französisch-deutschen Grenze offen gelassen. Diese Fragen sollten im französisch-deutschen Handelsabkommen geregelt werden. Da diese Absicht jedoch nicht durchgeführt werden konnte, sind jetzt Verhandlungen eröffnet worden, um das **definitive Statut des Grenzverkehrs** zu regeln. Unter den Verhandlungsfragen befindet sich auch die Frage des Visums der Pässe. Die Verhandlungen sind jedoch erst kürzlich tatsächlich aufgenommen worden, und es scheint daher noch **verfrüht**, von der bevorstehenden Unterzeichnung eines Abkommens zu reden.

Württembergische Industrielle gegen die Zusammenlegung der südwestdeutschen Landesarbeitsämter

Zur Frage der Zusammenlegung der drei südwestdeutschen Landesarbeitsämter hat der Industriellenverband in **Schwenningen** in seiner letzten Ausschußsitzung eine Entschließung gefaßt, die sich aufs Entschiedenste gegen den Plan einer Zusammenlegung der beiden seither selbständigen Landesarbeitsämter in Württemberg und Baden zu einem gemeinsamen südwestdeutschen Landesarbeitsamt unter Einbezug der Pfalz ausspricht, da sie der Auffassung sind, daß der für einen derartig umfangreichen Bezirk zu schaffende obere Verwaltungsapparat viel umständlicher und daher sicher auch nicht billiger arbeiten würde, wie die seitherigen getrennten Landesarbeitsämter. Auch entstehe dadurch dem Lande Württemberg und damit auch der württembergischen Wirtschaft eine einseitige Mehrbelastung infolge stärkeren Unterstützungsbedarfs, den Baden zufolge seiner völlig anderen wirtschaftlichen Struktur von jeher gehabt habe.

Tagungen

Deutscher evangelischer Pfarrertag in Karlsruhe. Der Gesamtvorstand und die Abgeordnetenversammlung des Verbandes der deutschen evangelischen Pfarrvereine, habe beschlossen, den deutschen evangelischen Pfarrtag 1928 in Karlsruhe abzuhalten.

Heidelberger Europatagung. Hier findet in den Tagen vom 20. bis 22. Oktober die Tagung des **Verbandes für kulturelle Zusammenarbeit** statt. Man rechnet mit einer ausländischen Teilnehmerzahl von etwa 200 Personen.

Eigentümer gesucht

Bei einem am 7. September 1927 in Karlsruhe festgenommenen Badedieb wurden nachstehende Schmuckgegenstände vorgefunden und beschlagnahmt, deren rechtmäßige Eigentümer noch nicht ermittelt werden konnten: Ein hellgoldener runder Armreif, 333 gestempelt, seilartig gedreht, ziseliert; eine Genfer Double-Herrenuhr mit Sprungdeckel, gelbes Zifferblatt, arabische Zahlen, Sekundenzeiger, Fabrikmarke M.G.B.M. Nr. 439 853, ferner Inschrift „Metal Plaque or — Lamine Garanti 10 ans; eine Double-Reiseuhr in einem weinroten Saffianleder-Etui, das innen mit rosa Seidenfutter ausgeschlagen ist. Die Uhr ist quadratisch mit nach innen abgerundeten Ecken, hat gelbes Zifferblatt und arabische Radiumzahlen. Die Uhr hat ein 8 Tage-Gehwerk. Ein Photoapparat, Marke „Welta" 6×9, Compur-Verschluß, doppelten Auszug, Isconar 1 : 4,5 F 10,50 Meter, Fabrikant Josef Schneider und Comp., Kreuznach. Ein Messingstativ M.W.K., 3 Blechkassetten, Contessa-Netel.

Sachdienliche Mitteilungen erbittet das Badische Landespolizeiamt in Karlsruhe (Bezirksamtsgebäude, Zimmer 70) auch schriftlich.

Gemeinde-Rundschau

Mannheimer Hotelpläne. Außer dem zur Zeit im Bau befindlichen erstklassigen städtischen Hotel an der Augusta-Anlage soll nach dem Beschluß des Mannheimer Bürgerausschusses noch ein sog. Mittelstands-Hotel errichtet werden. Es entstand schließlich ein Projekt, das ein **zehnstöckiges Hochhaus** auf dem Bismarckplatz vorsah. Dagegen erhoben die Anwohner am Bismarckplatz Einspruch, weil der Platz sich wegen der kleinen Ausmaße, die zu baupolizeilichen Beanstandungen führen mußten, für eine zehnstöckiges Hochhaus nicht eignet. Infolge der verschiedenen Einsprüche kann das Projekt am Bismarckplatz, wie die „N. Bad. Landesztg." meldet, für erledigt gelten. Es ist jetzt ein anderes Projekt für das städtische Mittelstands-Hotel ins Auge gefaßt, das an Umfang bedeutend kleiner ist, als das geplant gewesene Hochhaus.

Verkehrsziffer von Freiburg. Im dritten Vierteljahr 1927 haben in den Hotels, Gasthäusern, Fremdenheimen und Herbergen von **Freiburg i. Br.** 50 445 Personen übernachtet, das sind 2422 Personen mehr als in demselben Zeitraum des vorigen Jahres. Von diesen Ziffern entfallen auf deutsche Besucher 90 Proz., auf das Ausland 10 Proz. An Ausländern ist besonders in diesem Jahre eine starke Zunahme zu verzeichnen und zwar hauptsächlich von Amerikanern, Holländern und Engländern.

Zum Rücktritt des Oberbürgermeisters Fieser in Baden-Baden. Nach einer eingehenden Besprechung mit dem Ältestenausschuß des Stadtrates über die Absichten des Oberbürgermeisters Fieser mit Ablauf seiner Wahlperiode am 2. Juni 1928, eine Wiederwahl aus Gesundheitsrücksichten nicht mehr anzunehmen, hat Oberbürgermeister **Fieser** in der Stadtratssitzung vom 14. d. M. dem Kollegium seine Beweggründ vorgetragen. Der Stadtrat hat einmütig die Berechtigung des vorgetragenen Wunsches anerkannt, aber an den Oberbürgermeister das Ersuchen gerichtet, seine von allen Parteien geschätzte Kraft wenigstens für einen Teil der nächsten Amtsperiode noch zu widmen. Es soll ihm daher das Recht eingeräumt werden, jederzeit nach freier Entschließung aus dem Amte zu scheiden und in den Ruhestand zu treten. Der Oberbürgermeister erklärte sich schließlich mit dieser Lösung einverstanden, unter der Voraussetzung, daß der Bürgerausschuß, der vermutlich auf Dienstag einberufen wird, die Auffassung des Stadtrats teilt und einer entsprechenden Vertragsfestsetzung zustimmt. — Das Rücktrittsgesuch des Oberbürgermeisters erfolgte auf ärztlichen Rat aus Gesundheitsrücksichten. In seinem Schreiben an den Magistrat erklärte er u. a.: Meine laufende Amtsperiode geht am 2. Juni 1928 zu Ende. Zu diesem Zeitpunkt werde ich im 62. Jahre meines Lebens, im 36. Jahre meiner Tätigkeit im Dienste der Stadt, im 21. meines Amtes als Oberbürgermeister stehen. Unter günstigen gesundheitlichen Verhältnissen wäre es mir möglich gewesen, mich noch einige wenige Jahre dem aktiven Dienste der Stadt zu widmen. Leider hat sich aber mein Gesundheitszustand im Laufe der letzten Jahre ungünstig gestaltet.

Aachregulierung. Unter dem Vorsitz von Landrat Pfützner fand im Rathaus zu **Singen** eine Sitzung der interessierten Aachgemeinden Singen, Hausen an der Aach und Friedingen statt wegen Stellungnahme zur Aachregulierung, um den alle Jahre auftretenden Hochwasserschäden zu begegnen. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, daß ein Projekt ausgearbeitet werden soll zur Entwässerung des Wiesengeländes und zur Zurückdämmung der Hochwassergefahr. Die beteiligten Gemeinden erklärten sich bereit, die Kosten von 1500 *RM* für die Ausarbeitung eines solchen Projektes zu tragen.

Aus der Landeshauptstadt

40 Jahre bei der Presse. Der Verlagsdirektor der „Badischen Presse", Adolf **Rinderspacher**, begeht heute sein 40jähriges Berufsjubiläum. Am 15. Okt. 1887 trat er als Geschäftsführer in den Verlag der damaligen „Kleinen Presse" ein, die zwei Jahre später vom Buchdruckereibesitzer Thiergarten käuflich erworben wurde. Im Laufe der Jahre stieg der Jubilar zum Prokuristen und zum Verlagsdirektor empor.

Karlsruher Schwurgericht. Montag, den 17. Oktober, tritt das Schwurgericht Karlsruhe zu seiner 6. Tagung zusammen. Montag früh 9¼ Uhr beginnt als erste Verhandlung die gegen den wegen Totschlags angeklagten Althändler Karl **Heine** aus Karlsruhe, der, wie erinnerlich, im Frühjahr d. J. seinen Schwager, den Kaufm nn Seyfried, in seiner Wohnung in der Hirschstraße durch Revolverschüsse getötet hatte.

Badisches Landestheater. Sonntag, den 16. Oktober, findet die erste Nachmittagsvorstellung der neuen Spielzeit statt. Es gelangt das Ballett **„Sylvia"** von Délibes in der Einstudierung von Edith Bielefeld zur Aufführung. Die musikalische Leitung hat Rudolf Schwarz und die szenische Leitung Robert Lebert. Als Abendvorstellung geht am Sonntag, den 16. Oktober, die erfolgreiche Neueinstudierung von Mozarts **„Don Giovanni"** in Szene. Musikalische Leitung Josef Krips, szenische Leitung Otto Krauß. Die erste Wiederholung der hiesigen Erstaufführung von Paul von Klenaus komischer Oper **„Die Lästerschule"** findet am Mittwoch, den 19. Oktober, statt. Die musikalische Leitung liegt in Händen von Rudolf Schwarz, die szenische Leitung hat Dr. Hermann Wucherpfennig. Samstag, den 22. Oktober, zum ersten Male in vollständiger Neueinstudierung **„Die verkaufte Braut"**, komische Oper in 3 Akten von Friedrich Smetana. Musikalische Leitung: Josef Krips. Szenische Leitung: Otto Krauß. Sonntag, den 23. Oktober, zum sechsten Male Mussorgskys musikalisches Volksdrama **„Boris Godunow"** in der erfolgreichen hiesigen Erstaufführung. Montag, den 24. Oktober, **2. Sinfoniekonzert des badischen Landestheaterorchesters**, unter der Leitung von Josef Krips. Als Solist wurde der Klaviervirtuose Alfred **Hoehn** verpflichtet. Das Konzert findet im Landestheater statt. — Emil Götts einaktiges dramatisches Gedicht „Fortunas Biß", dessen Neueinstudierung den ersten Teil des am Montag, dem 17. Oktober, stattfindenden **„Badischen Dichter- und Komponistenabends"** bildet, wird von den Damen Frauendorfer und Mietens und den Herren Gemmecke, Dahlen und Hierl dargestellt. — Den zweiten Teil des Abends eröffnen und beschließen Kompositionen von Franz Philipp, wobei als Solisten Magda Strack und Franz Schuster und ein Teil des Landestheaterorchesters unter Leitung des Komponisten mitwirken. Die rezitatorischen Darbietungen aus Werken badischer Dichter werden von den Damen Bertram und Ermarth, sowie von den Herren Dahlen, Leitgeb, Müller und von der Trenck ausgeführt. Über alle Einzelheiten der Veranstaltung wird noch ein abends zur Ausgabe kommendes Sonderprogramm genaue Auskunft geben.

2. Kammermusikabend. Donnerstag, den 20. Oktober, findet abends 8 Uhr im Eintrachtssaal der 2. Kammermusikabend der Konzertdirektion Kurt Neufeldt statt und bringt uns die Elite der **Berliner Staatskapelle**. Die beiden köstlichen Werke, die zur Aufführung kommen: Beethovens berühmtes Septett für Violine, Bratsche, Cello, Kontrabaß, Klarinette, Fagott und Horn, und Schubert gemütstiefes Oktett in derselben Besetzung (nur mit Hinzutritt einer zweiten Violine) haben wir wohl öfters hier gehört (zuletzt vor drei Jahren vom Gewandhaus-Quartett). Das Berliner Ensemble hat diese Werke bereits über 100 Mal in unveränderter Besetzung zum Vortrag gebracht und überall jubelnde Aufnahme gefunden. Der Vorverkauf für diesen 2. Kammermusikabend ist eröffnet; es werden, auf vielfachen Wunsch, auch noch Restabonnements auf 5 Abende ausgegeben.

Warum ewig in Miete wohnen?

Wenn man durch Erwerb eines Bausparbriefes der G. d. F. für das Geld, das man sonst jährlich an Miete zahlt, sich ein freies Eigenheim schaffen kann. Unkündbares Baugeld schon zu 4% Zins. Sicherster Weg, um je nach den Leistungen des Sparers in kürzerer oder längerer Zeit, u. U. schon in 1½ bis 2 Jahren, zum Eigenheim zu gelangen. Frage an bei der Bausparkasse der Gemeinschaft der Freunde, Wüstenrot, Württ. Sofortige Darlehen werden nicht gegeben.

Jeder Familie ein Eigenheim!

In 2½ Jahren an 1922 Bausparer 31,6 Mill. RM. zugeteilt.

770

Gastspiel des Hebräischen Künstlertheaters Habima. Es ist der Generaldirektion des **Badischen Landestheaters**, wie schon kurz gemeldet, gelungen, das russisch-jüdische Künstlertheater **„Habima"** zu einem zweimaligen Gastspiel zu gewinnen, das am Donnerstag, dem 20. Oktober, mit **„Dybuk"** und am Freitag, dem 21. Oktober, mit **„Golem"** stattfindet. Nach dem dieser Bühne voraufgehenden Ruf üben diese Aufführungen der „Habima" auf jüdisches wie nichtjüdisches Publikum stärksten Eindruck aus. Es ist ja bekannt, daß die Juden ihren Anteil an der Zahl der Künstler aller Art stellen, auch in der Zunft der Schauspieler. Das Besondere aber dieses „Hebräischen Künstlertheaters" ist, daß hier jüdische Menschen jüdisches Theater spielen, und zwar in der Sprache des jüdischen Volkes: **Hebräisch**. So kommt eine Leistung zustande, deren Wirkung nicht nur in dem Können des einzelnen begründet ist, sondern ihre Wurzeln in den Tiefen jüdischen Volkstums hat, eine Leistung, wie sie nur möglich ist auf Grund letzter harmonischer Verbundenheit mit den Kräften und der Kultur des Volkstums, aus dem die Menschen, die Akteure, stammen. Diese reine jüdische Theaterkunst, die nichts anderes, Außergewöhnliches sein will, kann nicht mit den herkömmlichen Maßstäben gemessen werden, obwohl sie einer strengen Kritik wohl standzuhalten vermag. Man vergißt ganz, daß man die Sprache, die auf der Bühne ertönt, nicht versteht, man ist im Banne dieses Spiels von Menschen, die ganz in ihm zu leben scheinen, ganz in ihm aufgehen. Neben allem Fremdartigen, das einem erkältend und erwärmend zugleich entgegentritt, packt das Rhythmische, das Musikalische **dieses** Schauspielerns so stark, daß man den Schlüssel zum Verständnis dessen findet, was da vor einem gespielt — nein gelebt wird.

Der Berliner Domchor in Karlsruhe! Am 18. Oktober kommt Deutschlands bedeutendste Chorvereinigung: der weltberühmte Berliner Staats- und Domchor, nach Karlsruhe. Er wird in unserer Festhalle seine hellen Knabenstimmen und seine gewaltigen Bässe ertönen lassen. 7 Jahre ist es schon her, daß wir den Berliner Domchor zuletzt hier hörten, inzwischen besuchte uns zweimal der sogen. Sixtinische Chor aus Rom, ein Gegenstück zum Berliner Domchor, das sich aber nicht mit unserer deutschen Chorvereinigung messen kann; denn an seiner Spitze steht seit 1909 der erste Chordirigent Deutschlands: Professor Hugo **Rüdel**. Was Rüdel in den 20 Jahren seines Wirkens aus dem ihm anvertrauten Chorkörper geschaffen hat, hat allgemein Bewunderung hervorgerufen. Da mit sehr starkem Andrang, auch aus den Nachbarstädten, zu rechnen ist, denn der Chor singt weder in Pforzheim noch in Baden-Baden, empfiehlt es sich, rechtzeitig Karten zu lösen bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 39.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. In Baden war es gestern meist wolkig und trocken mit kurzen Aufheiterungen. Auch heute morgen ist es in Nordbaden stellenweise heiter. Ein neues Tiefdruckgebiet dringt östlich Islands nach Süden und wird auch unsere Witterung beeinflussen. Der von dem Tief nach Süden vorgeschobene Hochdruckrücken, der augenblicklich noch auf die Linie England—Nordsee—Ostsee liegt, wird bei uns heute voraussichtlich vorübergehend heiteres Wetter verursachen. **Wetteraussichten für 16. Okt.:** zunächst bewölkt, meist trocken, Temperaturen unverändert.

RESIDENZ-LICHTSPIELE
Waldstraße Telephon 6111
DER LETZTE WALZER

Verschiedenes

Die Langstreckenflüge

Das deutsche dreimotorige Junkers-Großflugzeug **„D 1230"**, das unter Führung der Piloten **Loose** und **Starke** Freitag früh 6.25 Uhr in Lissabon **gestartet** war, ist Freitag nachmittag um 15.10 Uhr in **Horta** (Azoren) glatt gelandet. Die deutsche Ozeanmaschine hat die erste Atlantik-Etappe Lissabon—Azoren, etwa 1800 Kilometer, in 10¾ Stunden zurückgelegt. Das Flugzeug wurde in **Horta** (Azoren) von einer großen Menschenmenge begrüßt. Die Flieger erklärten, daß der Flug von Lissabon ab trotz schlechten Wetters ohne jeden Zwischenfall verlaufen sei.

Auch die amerikanische Fliegerin Ruth **Elder** ist in Horta an Bord des holländischen Dampfers „Barendrecht" eingetroffen. Das Junkersflugzeug „D 1230" liegt im Hafen von Horta sicher verankert. Die Besatzung wartet klares Wetter ab. Gestern abend hat es geregnet. Das Regenwetter dauert auch heute an.

*

Das deutsche Heinkel-Wasserflugzeug „D 1220" ist am Freitag von Wilhelmshaven nach **Amsterdam** geflogen. Die Flugzeit betrug 2 Stunden 20 Minuten. Angesichts der ungünstigen Wetterlage steht es nicht fest, wann der Weiterflug stattfindet.

*

Die französischen Flieger Costes und Le Brix sind Freitag früh 6.23 Uhr in **St. Louis** (Westafrika) zum Fluge nach Südamerika aufgestiegen. Die Flieger trafen in **Natal** (im brasilianischen Staat Rio Grande do Norte) um 11.40 Uhr abends örtlicher Zeit ein. Sie haben also am Freitag den atlantischen Ozean überflogen und eine Strecke von 3200 Kilometer von St. Louis bis Natal zurückgelegt. Von Natal bis Rio de Janeiro beträgt die Entfernung 2000 Kilometer und von dort bis Buenos Aires, wohin sie schließlich fliegen wollen, ebenfalls 2000 Kilometer.

*

Die französischen Bangkok-Flieger Challe und Rapin sind Freitag vormittag in **Aleppo** aufgestiegen und nachmittags in **Basra** gelandet.

Bücheranzeige

Leben und Tod. Von Professor Dr. A. W. **Remilow.** Mit einer Einleitung von Professor Dr. **Julius Schaxel.** Mit einem Bildnis und zahlreichen Abbildungen. Leipzig, Hesse & Becker Verlag. (Prometheus-Bücher.) In Leinen geb. 2.60 *RM.* — A. W. Remilow, Professor an der Staatsuniversität in Leningrad, behandelt in diesem Buche in klarer, gemeinverständlicher Weise das große Problem des Todes, und zwar vom Standpunkte des Biologen. Muß der Mensch unbedingt sterben? Läßt sich der Tod nicht auf irgendeine Weise vermeiden? Ist es möglich, gegen die Natur zu rebellieren? Diese Fragen und andere untersucht Remilow eingehend und kommt dabei zu merkwürdigen Ergebnissen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	15. Okt. Geld	15. Okt. Brief	14. Okt. Geld	14. Okt. Brief
Amsterdam 100 G.	168.34	168,68	168.20	168.54
Kopenhagen 100 Kr.	112,21	112.43	112.23	112.45
Italien . . 100 L.	22.88	22,92	22.89	22.93
London . . 1 Pfd.	20,383	20.423	20,39	20.43
Newyork . 1 D.	4.1845	4.1925	4.1855	4.1935
Paris . . 100 Fr.	16.425	16.465	16.43	16.47
Schweiz . . 100 Fr.	80.73	80.89	80.735	80.895
Wien 100 Schilling	59.04	59.46	59.06	59.18
Prag. . 100 Kr.	12.406	12.423	12.404	12.424

Die Dollaranleihe der Deutschen Rentenbankkreditanstalt wurde in **Neuyork** kurz nach der Eröffnung der Listen in starkem Umfange überzeichnet. Aus allen Landesteilen und aus Europa laufen Zeichnungen ein.

Festhalle
Dienstag, 18. Oktober, 8 Uhr
Einziges Konzert
Berliner Staats- und Domchor
(50 Knaben, 20 Herren)
Leitung: Professor Hugo Rüdel
Wir sind gewöhnt, daß uns der Berliner Domchor Idealleistungen bietet, und solche darf man auch von der ersten Chorvereinigung Deutschlands fordern. Das besonders Eigenartige dieses Chores besteht darin, daß der Sopran und Alt durch Knaben besetzt sind. Wieder konnte man an den lieblichen, hellen, frischen, vorzüglich geschulten Knabenstimmen seine herzliche Freude haben; des Basses Grundgewalt ließ nichts zu wünschen übrig; im Piano und Pianissimo war der Chorklang von geradezu überirdischer Schönheit; die Herausarbeitung der Themen — selbst im dichtesten polyphonen Gewebe — war musterhaft. G.763
(Aus einer Breslauer Kritik.)
Karten zu 2, 3, 4 und 5 *RM* bei
Kurt Neufeldt
Waldstraße 39

Eintracht
Donnerstag, 20. Oktober, 8 Uhr
2. Kammermusik-Konzert
Kammermusikvereinigung der
Berliner Staatskapelle
Prof. Adalbert Gülzow (1. Viol.), Karl Wendel (2. Viol.), Franz Seiffert (Bratsche), Paul Treff (Cello), Gustav Krüger (Baß), Prof. Leonard Kohl (Klarinette), Prof. Louis Scheiwein (Fagott), Prof. Paul Rembt (Horn) G.762
Beethoven: Septett
Schubert: Oktett
Rest-Abonnements für Kammer-Konzerte zu 18, 15, 12 und 9 RM. **Wahl-Abonn.** auf 4 Konzerte zu 15, 12,50 10 und 7,50 RM. Einzelkarten für 20. Oktober zu 5,50, 4,40, 3,30 und 2,20 bei
Kurt Neufeldt
Waldstraße 39

Möbel
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
und Küchen
G.694
kaufen Sie **sehr billig** bei
Karl Thome & Co.
Möbelhaus — Karlsruhe
Herrenstraße 23
gegenüber der Reichsbank
Franko-Lieferung
Streng reelle Bedienung
Glänzende Anerkennungen
Zahlungserleichterung
Mitglied des Ratenkaufabkommens d. Bad. Beamtenbank

Pianos
Ludwig Schweisgut
Karlsruhe i. B.
Erbprinzenstraße 4
beim Rondellplatz
Flügel
Pianinos 724
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Unsere Neuerscheinungen
Herbst 1927
Karl Anton Prinz Rohan — **Moskau.** Ein Skizzenbuch aus Sowjetrußland. VIII, 142 Seiten. Brosch. 3 RM., Leinen 4 RM.
Mit starker Spannung folgt der Leser den Wegen dieser Reise — und lernt endlich Rußland aus realistischen, objektiven Schilderungen kennen. (Siehe unser Inserat vom 6. X.).
Hellpach-Dohna — **Die Krisis des deutschen Parlamentarismus.** VI, 35 Seit. Preis 1.80 RM.
Inhalt: Hellpach, Prof. Dr. W. (Heidelberg), Parlamentkrise und die Verfassung von Weimar (Referat). Dohna, Prof. Dr. Graf zu (Bonn). Die Weimarer Reichsverfassung und die Krise des Parlamentarismus (Korreferat).
Diese beiden Vorträge auf der Weimarer Tagung deutscher Hochschullehrer lassen das neue, überparteiliche politische Denken und seine praktische Wirkung eindringlich erkennen und beanspruchen das Interesse weitester Kreise.
VERLAG G. BRAUN, KARLSRUHE

TH. und O. HESSIG
Telephon 105 **Karlsruhe i. B.** Hirschstr. 40
G.768 Gegründet 1878
Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau
Asphaltierungen
Neuzeitlicher Straßenbau
Spezialität: Soliditit-Betonstraßen D.R.P.

Reformhaus O. HANISCH
Reformartikel aller Art
KARLSRUHE i. B.
Kaiserstr. 32 Telefon 876
G 686

Karlsruhe. L.741.
Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Walter Hochhäuser & Co., G. m. b. H.** in Liquid., Spedition in Karlsruhe ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerausschußmitglieder, zur Festsetzung der Vergütungen u. Auslagen des Verwalters, sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Schlußtermin bestimmt auf **Donnerstag, den 24. November 1927, nachmittags 5 Uhr,** vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 4, 1. Stock, Zimmer Nr. 34.
Karlsruhe, 24. 9. 1927.
Badisches Amtsgericht — Gerichtsschreiberei — A 8.

Überlingen. L.743.
Vereinsregister Bd. I O.-Z. 22. **Verein Badischer Bodensee-Berufsfischer;** Sitz Meersburg. Satzung vom 15. März 1925 bzw. 28. August 1927.
Überlingen, 11. 10. 27.
Badisches Amtsgericht Überlingen.

Gemeinde-Sparkasse Dielheim.
(Oeffentliche Sparkasse).

Bilanz per 31. Dezember 1926.

Vermögen:	RM
Kassenbestand	3 836,50
Guthaben bei Girozentrale und Postscheckamt	24 495,16
Wertpapiere	600,—
Darlehen auf Hypothek	69 075,—
Darlehen auf Schuldschein	73 767,72
Darlehen an Private in laufender Rechnung	399,55
Einnahmerückstände	1 434,71
Fahrnisse	750,—
	174 358,64

Verbindlichkeiten.	RM
Spareinlagen	131 577,56
Giroeinlagen	18 509,92
Ausgaberückstände	3,35
Rücklagen:	
Aufwertungsfonds	11 711,93
Gesetzlicher Reservefonds	10 091,—
Reingewinn von 1926	2 464,88
	174 358,64

Berechnung der Rücklage:
Die Rücklage soll 8 % der Einlagen = 12 007 *RM* betragen. Sie beträgt Ende 1926 = 12 556 „
Sie beträgt mehr = 549 *RM*

Dielheim (Amt Wiesloch), den 1. Oktober 1927. L.747
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Anton Bernhard Knopf.
Der Geschäftsleiter: Otto Frey.

Badisches Landestheater
Sonntag, 16. Oktober 1927
Nachmittags
Sylvia
von Délibes
Einstudierung: Edith Bielefeld
Musikalische Leitung: Rudolf Schwarz
Regie: Robert Lebert
Sylvia — Bielefeld
Aminta — Leitgeb
Orion — Brand
Amor — Bertram
Diana — Seiberlich
Endymion — Graf
Anfang 3 Ende gegen 5
I. Rang und I. Sperrsitz 3 *RM*

Abends
*C 6 Th.-Gem. 401—500
Don Giovanni
von Mozart
Musikalische Leitung: Josef Krips
In Szene gesetzt von Otto Krauß
Giovanni — Rühr
Komtur — Dr. Wucherpfennig
Anna — von Ernst
Octavio — Nentwig
Elvira — Fanz
Leporello — Schuster
Masetto — Löser
Zerlina — Blank
Tanz einstudiert von Edith Bielefeld
Anfang 7½ Ende 10½
I. Rang und I. Sperrsitz 8 *RM*

Im Städt. Konzerthaus
Sonntag, 16. Oktober 1927
Die gutgeschnittene Ecke
von Sudermann
In Szene gesetzt von Ulrich von der Trenck
Hugo Brandstädter — Schulze
Dr. Brandstädter — Leitgeb
Karen — Mietens
Ruth — Willer
Dr. Devereux — Kloeble
Lisbeth — Bertram
Weyrauch — Höcker
Frau Weyrauch — Ziegler
Lucile — Ermarth
Friese — Gemmecke
Dänsch — Herz
Jeiteles — Brand
Bratz — Schulz-Breiden
Holthof — Graf
Segeberg — Prüter
Leistmann — Schellenberger
Kammler — Schneider
Kassiererin — Lautenschläger
Saaldiener — Mehner / Weidner
Anfang 7½ Ende 10
I. Parkett 4,20 *RM*